

Ressort: Politik

Eingehende Untersuchung der US-Überwachungsprogramme

US-Überwachungsprogramme

Wien/Brüssel, 10.07.2013, 17:40 Uhr

GDN - Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten soll die US-Überwachungsprogramme "eingehend untersuchen", einschließlich des Ausspionierens von EU-Vertretungen und anderer Spionagevorwürfe. Das wurde in einer am Donnerstag angenommenen Entschließung gefordert.

Der Präsident des Parlaments sowie die Fraktionsvorsitzenden bestätigten daraufhin offiziell den Start der Untersuchung. Die Abgeordneten verlangen ebenfalls besseren Schutz für Informanten.

Das Parlament äußert auch ernsthafte Bedenken angesichts der Enthüllungen über ähnliche Überwachungsprogramme, die angeblich von EU-Mitgliedstaaten betrieben werden, wie zum Beispiel von Großbritannien, Schweden, den Niederlanden und Deutschland. Es fordert sämtliche Mitgliedstaaten auf, die Vereinbarkeit solcher Programme mit dem EU-Recht zu überprüfen und hebt hervor, dass in anderen Mitgliedstaaten, etwa in Polen, ernste Besorgnis in Bezug auf die Ermächtigung von Geheimdiensten, Daten abzufangen, geäußert wurden.

Untersuchung des Ausschusses für bürgerliche Freiheiten

Der Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres soll sämtliche relevanten Informationen und Beweismittel aus EU- und US-Quellen erfassen und die Ergebnisse zum Jahresende vorlegen. Er soll die Auswirkungen der Überwachungsprogramme auf EU-Bürger (insbesondere beim Schutz der Privatsphäre und der Informations- und Meinungsfreiheit und hinsichtlich der Unschuldsvermutung sowie des Rechts auf einen wirksamen Rechtsbehelf) untersuchen.

Die mit dieser Untersuchung befassten Abgeordneten sollen Empfehlungen unterbreiten, wie weitere Verletzungen verhindert werden können und ein zuverlässiger und sicherer Schutz der persönlichen Daten von EU-Bürgern und der EDV-Sicherheit von Organen, Institutionen und Einrichtungen der EU gewährleistet werden kann.

Schutz von Informanten

Die Abgeordneten betonen, "dass Informanten durch entsprechende Verfahren ermöglicht werden muss, schwere Verletzungen der Grundrechte offenzulegen", und dass es diese Personen auch auf internationaler Ebene entsprechend zu schützen gilt.

Aussetzung der Vereinbarung zu Fluggastdatensätzen?

Das Parlament ruft die Kommission, den Rat und die Mitgliedstaaten auf, in Gesprächen und Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel einzusetzen, unter anderem auch, indem sie die Vereinbarungen über die Verarbeitung von Fluggastdatensätzen und das Programm zum Aufspüren der Finanzierung des Terrorismus aussetzen.

Handelsgespräche sollten Datenschutzstandards nicht aushöhlen

EU-Datenschutzstandards sollten nicht infolge der Transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft mit den USA ausgehöhlt werden.

Das warnt die Entschließung, und fügt hinzu, dass es "bedauerlich" wäre, wenn die Bemühungen zum Abschluss eines Transatlantischen Handels- und Investitionsabkommens von den jüngsten Vorwürfen untergraben würden.

Besserer Datenschutz dringend nötig

Das Parlament fordert den Rat auf, die Arbeit am gesamten Datenschutzpaket zu beschleunigen und fordert die Kommission und die US-Behörden auf, die Verhandlungen über das Rahmenabkommen zum Schutz personenbezogener Daten unverzüglich wiederaufzunehmen. Eine Einigung sollte gewährleisten, dass der Zugang von EU-Bürgern zum Rechtssystem der Vereinigten Staaten dem Zugang entspricht, den US-Bürger genießen.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-17476/eingehende-untersuchung-der-us-ueberwachungsprogramme.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MStV: Simone Mayer / europarl

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich. Simone Mayer / europarl

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619